Gemeinderatsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD,
KAL/Partei, FDP, Die LINKE, FW/FürKA
Hebelstraße 13 ▪ 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, unsere Nachricht vom	Datum
		12.11.2019

Städtische Unterstützung zur Verbesserung der Sicherheit der Synagoge der jüdischen Kultusgemeinde in Karlsruhe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup,

angesichts des schrecklichen antisemitischen Angriffs vom 09. Oktober in Halle sind die Politik und die Zivilgesellschaft gefragt, aktiv und beherzt an jeder Stelle gegen antisemitische Äußerungen und Handlungen als Nährboden des Antisemitismus vorzugehen.

In diesem Zusammenhang stellt sich für uns auch die Frage, wie gut jüdisches Leben und jüdische Einrichtungen in unserer Stadt, vor allem die Synagoge in der Knielinger Allee, gegen ein unberechtigtes Eindringen bzw. gegen Gewalttaten geschützt ist.

Die Jüdische Gemeinde ist in dieser Sache auf die Gemeinderatsfraktionen zugekommen. Bei einem Gespräch am 23. Oktober wurde den anwesenden Stadträt*innen und Fraktionsgeschäftsführer*innen dargestellt, dass in der Zeit seit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle das hiesige Gemeindeleben deutlich beeinträchtigt ist, weil Gemeindemitglieder (vor allem Familien mit Kindern und ältere Menschen) wegen Sicherheitsbedenken nicht mehr an Gottesdiensten oder Veranstaltungen in der Synagoge teilnehmen.

Die Leitung der Jüdischen Kultusgemeinde wird die aus ihrer Sicht notwendigen Maßnahmen zusammenstellen und zeitnah an Stadtverwaltung und Gemeinderat übermitteln. Insbesondere geht es um bereits im Sommer 2018 vom LKA empfohlene bauliche Maßnahmen, wie durchwurfhemmende Folien auf den Fensterflächen sowie um eine bauliche Verstärkung des Hinterausganges.

Die unterzeichnenden Fraktionen bitten Sie darum, dass die Stadtverwaltung prüft, inwieweit die Karlsruher Jüdische Kultusgemeinde schnell und unbürokratisch von der Stadt Karlsruhe in Hinblick auf eine angemessene sicherheitstechnische Ausrüstung ihrer Synagoge unterstützt werden kann.

Selbstverständlich muss bei diesem Thema auch das Land Baden-Württemberg hinzu gezogen werden, in dessen Zuständigkeit sowohl die Sicherheit im öffentlichen Raum (Polizei) wie auch der Staatsvertrag mit den Jüdischen Gemeinden liegt. Wir bitten um eine Klärung, welcher Anteil der angekündigten zusätzlichen Landesmittel in Höhe von 1 Mio. Euro auf die Karlsruher Kultusgemeinde entfallen wird.
Die unterzeichnenden Fraktionen betonen ausdrücklich, dass Zuschüsse für eine angemessene Sicherheit der Jüdischen Kultusgemeinde Karlsruhe weder zeitlich noch grundsätzlich von einer Ko-Finanzierung des Landes abhängig gemacht werden sollen.

Mit der Bitte um eine zeitnahe Rückmeldung verbleiben wir
mit freundlichen Grüßen

Verena Anlauf, Aljoscha Löffler (GRÜNE Fraktion)
Parsa Marvi (SPD-Fraktion)
Lüppo Cramer, Rebecca Ansin (Fraktion KAL/die Partei)
Friedemann Kalmbach (Fraktion FW/Für KA)
Tilman Pfannkuch (CDU-Fraktion)
Tom Hoyem (FDP-Fraktion)
Mathilde Göttel, Lukas Bimmerle (Linke-Fraktion)